

# Soziale-Beitrag

Sechshundertachtzigster Jahrgang.

Nr. 164.

Freitag, Sonnabend, den 9. April 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

## Die Regierungsbildung in Preußen.

Engerer Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien als Folge des sozialdemokratischen Widerstandes

### Englands größter Arbeitskampf.

Seit mehreren Tagen zittert der Grundbau der englischen Wirtschaft unter den Witterungen eines Riesentempes, wie ihn schon in seiner jehigen Ausdehnung das Land kaum jemals, in der unmittelbar herandringenden noch niemals erlebt hat. Die Kohlenarbeiter streiken. Gleich nach dem Beschluß der Vermittlungsverträge wuchs die Zahl der Ausständigen auf eine Million, nur die Kohlenarbeiter, die unerschütterlich waren, um die Gruben vor dem Erlaufen zu schützen, wurden einmütig geleitet. Seit ist auch die Sicherung in Frage gestellt; denn die Bemühungen Lloyd Georges, den Kampf noch vor seiner 1. h. n. Ausbreitung durch einen Vergleich zu beenden, sind an der Salzung gerade der Pumpenarbeiter gescheitert. Dieser für die Erhaltung der Gruben unentbehrliche Teil der Arbeiterschaft macht die Weiterarbeit in den Zugstößen abhängig, die einen vollen Sieg der Streikenden bedeutet hätten. Der Vergleich kam nicht zustande, der wirtschaftliche Kriegszustand ist sozialagen ausdrücklich erklärt, die Gruben sind schloß geworden; mehrere sind schon jetzt dem Wasser erl. n. Nach gefährlicher für das Land ist aber die Tatsache, daß die beiden anderen Gruppen des arbeitstheoretischen „Dreiecks“ die Transportarbeiter und die Eisenbahner, mit ihrem Entschluß nur hatten warten wollen, bis es sich zeigte, ob die Entscheidung ihrer lohnfördernden Kameraden indigülig sei. Das ist unter sich geschehen; Transportarbeiter und Eisenbahner haben sich dem Ausstand angeschlossen, und wenn nicht ein neuer Ausweg gefunden wird, steht England vor dem größten „Wirtschaftskampf“ seiner Geschichte. Dies sind die Tatsachen.

Wie ist es so weit gekommen? Auch in England sind die veränderten Beziehungen zwischen Arbeiterschaft, Staat und Unternehmertum ein Ergebnis des Krieges. Während das Wirtschaftswunder der englische Kohlenbergbau fast ausschließlich die Arbeiterschaften nach sich zog, die die Arbeiterschaft der Regierung, die Unabhängigkeit des Unternehmers vom Staat sobald wie möglich wiederherzustellen soll dem Sozialreformwillen der Bergarbeiter. Die vergrößerten Löhne wurden von den Kosten der Lebenshaltung nach überholt, das Verlangen der Arbeiter nach der Siebenhundertachtzig (wie in Deutschland) gerade in die Zeit empfindlichen Kohlenmangels. Die vorläufigen Regelungen, die bis auf weiteres die Staatsaufsicht bestehen lassen, und den Arbeitern höhere Löhne wie verringerte Arbeitsdauer für den Zeitpunkt einer bestimmten Besserung versprechen, konnten die Gegensätze nicht auf die Dauer verjagen. Im Herbst 1920 kam es zum ersten Streik aus. Sein Ergebnis war ein Aufbruch der Arbeitsschlichtungen zwischen Bergarbeitern und Unternehmern aus neue geregelt werden, sobald, nach einigen Monaten, die kriegswirtschaftliche Bindung des Kohlenbergbaues gelöst sein würde. Bis dahin sollten die Arbeiter den verlangten Mehrlohn von 2 Schilling je Schicht erhalten, vorausgesetzt, daß die Förderung ein bestimmtes Maß erreichte und auf die Siebenhundertachtzig Schicht einmütig verzichtet würde.

Die Übergangsfrist ist jetzt abgelaufen; die Voraussetzungen des Abkommens aber haben sich während des letzten Jahres in unerwarteter Weise verändert. England fördert heute mehr Kohlen, als es in immer noch geschätzten Rhythmen verbraucht, und bedeutet mehr, als es bei den gewaltigen amerikanischen und dem kürzlich erzwungenen britischen Wettbewerb an das Ausland absetzen kann. Den Bergarbeitern liegt es heute weder an langen Schichten noch an großen Förderziffern; aber sind sie geneigt, die vom Staat zurückzuverlangte Freiheit zu Stilllegungen, Senkung der Löhne und Erhöhung der Kohlenpreise zu nützen. Demgegenüber sind die Forderungen der Arbeiter: Fortdauer und Ausbau der staatlichen Kohlenbewirtschaftung, Weiterzahlung der Übergangslöhne, Siebenhundertachtzig, gleichmäßiger Mindestlohn. Am schwersten fällt der zum Verwirklichen bereiten Regierung das Einwilligen in die hohen Löhne (denn die Arbeiter meinen aus Wettbewerbgründen unbedingt auf sie zu bestehen) und in die Fortdauer der staatlichen oder halbstaatlichen Wirtschaft. Ihre Stellung ist härter als vor einem kalben Jahr. Ihre Zurückfragen für den Fall eines Entschuldigenskampfes sind gemäßig; wie freilich auf der anderen Seite die Macht des Arbeiterbundes. Bei aller Gerechtigkeit aber verhandelt man weiter; und es scheint, als wde die Übergangsregelung auf irgend eine Weise noch einmal verlängert werden.

### Neue Meldungen vom englischen Generalstreik.

Der volle Streik des Dreiecks soll nach einer Bekanntgabe der Gewerkschaften am Dienstag um 11 Uhr in das Land eintreten, wenn nicht die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Zwei Witterungsberichte sind die Eisenbahn streikt, heute um Mitternacht in dem Ausstand zu treten. Lloyd Georges Bedingung der Sicherung der Bergwerke als erster Gegenstand einer Erörterung steht einer Konferenz mit den Bergwerksbesitzern im Wege. Damit hat die Lage in den Bergwerken sich Lloyd Georges

erklärte im Unterhause, die Nation liehe zum ersten Male in der Geschichte dem Versuch eines Zwanges durch Zerstörung ihrer Hilfsquellen gegenüber. Die Regierung werde von allen Hilfsmitteln der Allgemeinheit Gebrauch machen, um diese Katastrophe zu verhindern, und die Freiwilligen schützen. Die Rekrutierung der Verteilungsträger beginnt nach den Witterungen heute. Lloyd Georges riefte einen Ruf an Freiwillige zur Verteilung des Landes. Auch sollen Felder von Meer und Flotte einbezogen werden.

Die gelamie Londoner Presse steht unter dem Eindruck der ersten, durch den Streikbeßluß der Eisenbahner und Transportarbeiter gestellten Lage.

Das was meldet aus London: Der Verband der Kohlenarbeiter, die mit der Sicherung der Gruben beauftragt sind, beschloß, aus dem Verband der Bergleute auszutreten und mit den Bergarbeitern zusammenzuarbeiten, um die Gruben in gutem Zustand zu erhalten. Der Verband hat viele Mitglieder in den Grubenbezirken von Mittelengland.

Die englische Regierung hat gestern abend einen Aufschluß an alle lokalen Bürger erlassen, sich zu Schluß zu vereinigen.

### Die Regierungsbildung in Preußen.

Die Regierungsbildung in Preußen war am gestrigen Tage Gegenstand erneuter Verhandlungen zwischen den Fraktionen des preußischen Landtages. Diese Verhandlungen haben aber auch gestern ein praktisches Ergebnis nicht gezeigt. Der Stand der Dinge ist genau so unklar wie bisher. Man ist keinen Schritt auf dem Wege weiter gekommen, der zu einer Verständigung unter den Fraktionen führen könnte. Im Gegenteil haben die Sozialdemokraten an die heute zunehmende Wahl des Ministerpräsidenten eine Bedingung geknüpft, die in parlamentarischen Kreisen als kaum diskutabel bezeichnet wird. Man gibt in parlamentarischen Kreisen gleichwohl die Hoffnung nicht auf, daß schließlich doch noch eine Einigung erzielt werden kann. Die Verhandlungen werden deshalb noch fortgesetzt.

Da auf der einen Seite die Sozialdemokraten daran festhalten, mit der Deutschen Volkspartei nicht mehr zu verhandeln, auf der anderen Seite aber die Demokraten und das Zentrum auf ihrem Standpunkt beharren, die Deutsche Volkspartei in die Regierungsbildung einbezogen, sind alle Versuche der Regierungsbildung bisher völlig gescheitert. Es besteht noch eine geringe Möglichkeit, daß heute die drei alten Koalitionsparteien einen Ministerpräsidenten aus den Reihen des Zentrums wählen und es ihm überlassen, nun zu versuchen, ein Kabinett zustande zu bringen. Heute vormittag wollen sich die Koalitionsparteien noch einmal zu einer letzten Aussprache über die Frage der Regierungsbildung und über die Wahl des Ministerpräsidenten, die auf 11 Uhr festgesetzt ist, zusammenfinden.

Die sozialdemokratische Fraktion lehnt jedes weitere Verhandeln mit der Deutschen Volkspartei ab, auch durch den eventuell heute zu wählenden Ministerpräsidenten. Die Sozialdemokratie erklärt, sich nur an einer Regierung auf Grund der bisherigen Koalition beteiligen zu wollen.

Nach einer Meldung der Frankf. Ztg. ist in den Fraktionsberatungen im preuß. Landtag gestern nachmittag eine gewisse Klärung in der preußischen Regierungstrage erzielt worden. Die Verlegenheitskombination mit einem demokratischen Ministerpräsidenten, für den in erster Linie Minister Döber in Frage käme, ist fallen gelassen worden. Vielmehr hat das ungewöhnlich scharfe Vorgehen der Sozialisten die einzige Wirkung gehabt, die es haben konnte, wenn nicht das Zentrum seine bisherigen Auforderungen glatt widerrufen wollte, nämlich einen engeren Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien. Es wird nunmehr bei der heute mittig stattfindenden Präsidentenwahl der bisherigen Zentrumsmittler Siegenwald als Ministerpräsident vorgeschlagen werden.

Er wird die Stimmen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei wird voraussichtlich unter gewissen Bedingungen auch die Stimmen der Deutschnationalen erhalten. Ebenso kann man damit rechnen, daß die Mitglieder der Wirtschaftspartei und der Wesen und voraussichtlich auch die meisten Demokraten für diesen Ministerpräsidenten stimmen werden. — Die sozialdemokratische Partei wird erneut den bisherigen Ministerpräsidenten Braun als Kandidaten aufstellen, der jedoch in der Minderheit bleiben muß.

### Der Rheinzoll.

Nach einer in Mainz eingegangenen französischen Information wird die Zollgrenze am Rhein am 20. April in Kraft treten.

Als Zollschahndie gegen das unbefestigte Deutschland sind, in Ausführung der von den Alliierten beschlossenen Sanktionen, folgende Orte bestimmt worden: Worms, Germersheim, Speyer, Ludwigshafen, Worms, Biebsheim, Groß-Gerau, Badellau, Weiskirchen, Griesheim (Darmstadt), Oberhofen, Engelskirchen, Goldheim, Griesheim (Frankfurt a. M.), Oels, Jüßeln, Woersdorf, Weiskirchen, Langenscheidt, Schmanshausen, Diez an der Lahn, St. Goarshausen, Bennet.

### Regelgenpeller.

Die 8 gefaltete 34 mm breite Millimeterweite der deren Raum 60 Pf., Sammelungen 40 Pf., Kleinen 20 mm breite Millimeterweite 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen a. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal, 6. Beilage und Hauptgeschäftsstelle: Halle, Neue Dromerstraße 14, Dr. Drouhauss. 17. Neben-Geschäftsstellen: Erle, Weiskirchen 22 und Markt 24, Weiskirchen-Kreis Leipzig Nr. 4008.

### Die Festsetzung der Geschäden.

Die Reparationskommission hat die mündlichen Erklärungen der deutschen Regierung über die Festsetzung der Geschäden entgegengenommen. Die deutschen Delegierten haben folgenden Standpunkt vertreten: 1. Deutschland ist nicht verpflichtet, Entschädigungen für verlorene Sammelgeschiffe zu leisten, wenn sie für militärische und Marinezwecke dem Dienstlichen des Heeres oder der Marine einer alliierten oder assoziierten Macht zur Verfügung oder unter deren Befehl gestellt waren; 2. Der Wert der unter folgende vier Kategorien fallenden Schiffsalungen darf Deutschland nicht in Rechnung gestellt werden: a) für Ladungen, die nach ihrer Beschaffenheit ausschließlich für Kriegszwecke bestimmt waren, b) für Ladungen, die der Armee oder der Kriegsmarine angehörten, c) für Ladungen, die mit der Verproviantierung der Armee oder der Marine beauftragt waren, d) des Teiles der Ladungen, die für eine der alliierten oder assoziierten Mächte bestimmt und von einer Eskorte überbracht wurden, die für die militärische Verproviantierung vorgesehen war; 3. Deutschland kann aus Gründen der Billigkeit und des internationalen Rechts nicht verpflichtet werden, Entschädigungen für Schiffe zu leisten, die zu Anfang des Krieges in den Häfen der Alliierten beflaggt waren oder auf offener See gechartert oder durch Freizeuteile eingezogen waren, wenn diese Schiffe, nachdem sie in den Dienst der Beflaggung ausproben den Regierungen gestellt worden waren, von Deutschland im Laufe des Krieges zur irgendein alliiertes Schiff, das während des Krieges durch normale Seegefahren verloren gegangen ist, b) es für ein verlohrenes Schiff nur dann ersatzpflichtig ist, wenn ihm kein Ersatz zu leisten kann, daß es für seinen Verlust verantwortlich ist; 5. Wegen der Festsetzung der Schiffe mit zugehörigen mehr-Deutschland in Rechnung gestellt werden, sind die deutschen Vertreter der Auffassung, a) daß die Ladungen nach dem Preise berechnet werden müssen, den ihr letzter Eigentümer dafür bezahlt hat, einschließlich aller Kosten, Verfrachtungs- und Versicherungskosten, b) daß der ihr verloren gegangene Schiffe einzustellende Wert dem Wert am Tage ihres Verlustes entsprechen muß, dieser Wert aber in keinem Falle den Wiederherstellungspreis übersteigen darf.

Die Reparationskommission ist in die Prüfung dieser Frage eingetreten und wird darüber in Kürze definitive Entscheidungen treffen.

### Über die Konferenz der Finanzminister.

In Stuttgart wird amtlich mitgeteilt: Durch die Annahme der Steuernovelle wird der Ertrag der Einkommensteuer ungenügend beeinflusst, einmal dadurch, daß der Prozentsatz des Tarifs wesentlich herabgesetzt worden ist, dann aber auch dadurch, daß den Gewerbetreibenden aus eine Reihe von Jahren eine harte Abzehrung gestattet ist. Endlich ist auch die Behinderung der Mindesteinkommen fortgefallen. Die Finanzminister verjügte aus diesem Grunde, für die Länder und Gemeinden einen höheren Prozentsatz der Einkommensteuer als die bisherigen zwei Drittel vom Reiche zu erlangen. Außerdem sollten den Gemeinden statt 5 Proz. Umzahlungen 15 Prozent zugewiesen werden. Eine Einigung kam jedoch in beiden Punkten nicht zustande. Das Reich wollte nur eine Erhöhung der Umzahlungen um 5 Proz. gewähren. In den nächsten Tagen wird der Reichsfinanzminister hierüber weitere Verhandlungen mit dem Städtepräsidenten führen. Eine Einigung wurde in der Frage erzielt, zu welchem Zeitpunkt den Ländern und Gemeinden der zwei Drittel betragende Anteil der Reichs einkommensteuer zugängig 25 Prozent auszuscheiden ist.

### Amerika als Schiedsrichter.

In Frankreich beginnt man vor der Zukunft zu zittern, nachdem Vianinis Helenspoise in Amerika nicht den gewünschten Erfolg gehabt hat und auch die übrige Welt keine große Lust zeigt, den französischen Gewaltsmaßnahmen zu unterstützen. Stefan Lantoune berichtet dem Marin durch Funkgespräch aus New York: Um die Räte der amerikanischen Regierung gut zu verstehen, müsse man den Geist des Staatssekretärs Hughes kennen und wissen, daß die republikanische Regierung Clemenceau und Lloyd George anliege, gegenüber dem unglücklichen, las Staatmannern wenig würdig angendenbet zu haben, das Staatsmänner wenig würdig sei. Es handelt sich um die Frage der Bereinigung der deutschen Zinsen im Stillen Ocean. Am 7. Mai 1919 habe der Rat der Vier die Frage behandelt. Es sei der Vorschlag gemacht worden, e-nige die er Zinsen Japan auszubringen. Wilson habe sich an der Wiederholung nicht beteiligt, sondern einfach gesagt: Ich werde lesen. . . Am gleichen Abend habe man ihm unter 250 bis 300 Schriftstücken durch das Sekretariat der Konferenz ein Schriftstück überreicht, das Japan nicht anliege, sondern eine Zusage ausbrach. In diesem Punkt von Papieren habe Wilson nicht auf dieses wichtige Schriftstück geachtet und es einfach beiseite gelassen. Er habe es niemals unterzeichnet, so daß der Staatssekretär der Ansicht sei, die einzige Forderung hieraus sei, daß die Entschädigung mitgeteilt, aber darauf eine Antwort nicht zurück

